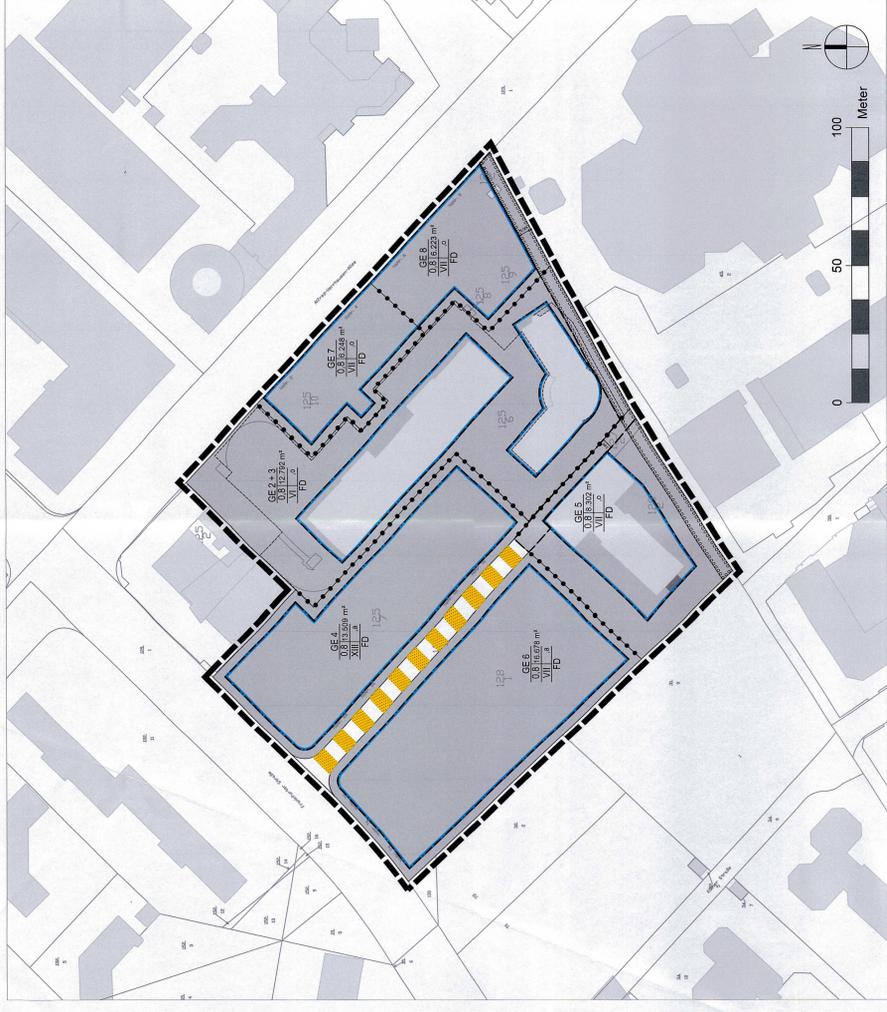


# BEBAUUNGSPLAN Nr. 256 FRANKFURTER STR. / ALFRED-HERRHAUSEN-ALLEE STADT ESCHBORN



## LEGENDE

Signaturen gemäß der Verordnung über die Ausarbeitung der Baupläne und die Darstellung des Plinmattes (Planzeichnungsverordnung 1990 - PlanZ 7/0)

Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 2 Nr. 1, § 9 Abs. 1 Nr. 1 des Baugesetzbuches -BauGB- §§ 1 bis 11 der BauNutzungsverordnung -BauNVO-)

Gewerbliche Bauflächen (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 BauNVO)

Beweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB; § 22 und 23 BauNVO)

Baugrenze

Füllschema der Nutzungsschablone

Art der baulichen Nutzung  
Grundstückszahl (GEZ)  
Verhältnis der überbaubaren Fläche zur Grundstücksfläche als absolute Zahl

Anzahl der Vollgeschosse

Bauweise

Dachform

Verkehrsfächchen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

Verkehrsfächchen besonderer Zweckbestimmung

Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Natur und Landschaft, zur Pflege und zur Erhaltung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 2 Nr. 10 und Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Baunutzungsverordnung -BauNVO-)

Sonstige Pflanzzeilen

Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Gärten und Gemeinschaftsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB)

Mit Geh-, Fahr-, Fähr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen - schmale Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Baugeländen, oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugeländes (§ 1 Abs. 4, § 10 Abs. 3 BauNVO)

## A. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

### 1. Art der baulichen Nutzung

GE Gewerbe

zulässig sind:  
• Gewerbebetriebe, die keine Gefährdung, Belastung oder Beeinträchtigung hinsichtlich Rauch, Geruch und Lärm der Nachbarschaft oder der Allgemeinheit zur Folge haben  
• Geschäfte-, Büro- und Verwaltungsgebäude

Nicht zulässig sind:  
• Lagerhäuser  
• Lagerplätze (im Freien)  
• Einkaufszentren und Verbrauchermärkte  
• Tankstellen  
• Anlagen für sportliche Zwecke

Ausnahmsweise können zugelassen werden:  
• Wohnungen für Aufsichts- und Betriebspersonen sowie Betriebsleiter, die dem Gewerbebetrieb zugeordnet und ihm gegenüber in Grundfläche und Baumasse untergeordnet sind

Ausnahmsweise nicht zulässig sind:  
• Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und gesundheitliche Zwecke  
• Vergnügungsstätten

### 2. Maß der baulichen Nutzung

Grundflächenzahl, zulässige Grundfläche

Auf allen Baufeldern darf die zulässige Grundfläche von max. 0,8 nicht überschritten werden.

Geschossflächenzahl, Ermittlung der Geschossfläche

Bei der Ermittlung der Geschossfläche auf den Baufeldern bleiben die oberirdischen Flächen von Stellplätzen und Garagen in Vollgeschossen unberücksichtigt.

Die Flächen von Außenbalkonen in anderen Geschossen als Vollgeschosse sind vollständig der zu ihnen gehörenden Treppenträume und einschließlich ihrer Umfassungswände ganz bei der Ermittlung der Geschossfläche mitzurechnen.

Zulässige Vollgeschosse

Die maximal zulässigen Vollgeschosse werden durch den Eintrag in die Planzeichnung festgesetzt.

### 3. Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen

Bauweise

In GE 2, 3, 5, 7 + 8 wird eine offene Bauweise „o“ festgesetzt.

In GE 4 und GE 6 wird eine abweichende Bauweise „a“ festgesetzt: Die Gebäude sind mit einem seitlichen Grenzabstand zu errichten. Die Länge der Gebäude darf 110m (gemessen parallel zur straßenseitigen Baugrenze) nicht überschreiten.

Baugrenzen:

Eine Überschreitung der Baugrenzen ist nicht zulässig.  
Auf den Baufächern GE 3 und GE 8 ist entlang der süd-östlichen Grundstücksgrenze ein Korridor von 5,00 m freizuhalten.  
Auf der Gewerbefläche GE 5 ist entlang der nördlichen Grundstücksgrenze ein Korridor von 3,00 m frei zu halten.

### 4. Stellplätze, Gargen und Tiefgaragen

Stellplätze sind in Tiefgaragen oder Vollgeschossen zulässig.

Zusätzlich sind auch oberirdische Stellplätze in Gebäudenähe zulässig.

### 5. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen  
Im Gewerbegebiet ist je angefangene 300 qm nicht überbaubare Grundstücksfläche mindestens ein einheimischer, standortgerechter Laubbaum gemäß Pflanzliste 1 oder 2 zu pflanzen, soweit diese nicht anderweitig von Plätzen, Wegen oder Verkehrsflächen überdeckt oder unterbaut sind.  
Begrünung von Tiefgaragen und anderen baulichen Anlagen unterhalb der Geländeoberfläche  
Tiefgaragen, durch die das Baugrundstück lediglich unterbaut wird, sind mit einer Vegetationsschicht von mindestens 80 cm zu überdecken und zu begrünen, soweit sie nicht von Plätzen, Wegen oder Verkehrsflächen überdeckt werden.  
Befestigte Flächen auf Baugrundstücken  
Stellplätze und Zufahrten sowie sonstige zu befestigende Grundstücksflächen sind so herzustellen, dass Niederschläge versickern oder in angrenzende Pflanzflächen entwässert werden können.

### Dachbegrenzung

Sämtliche Dachflächen von Gebäuden mit einer Neigung weniger als 10° sind ab einer Größe von 10 qm dauerhaft gemäß Pflanzliste 3 extensiv zu begrünen. Die Vegetationsschicht muss mindestens 12 cm betragen. Nebenwändige Fensteröffnungen bzw. Belichtungsfächchen, Dachterrassen und technische Aufbauten sind davon ausgenommen.

### Schutz vor Vogelschlag

Zur Vermeidung von Vogelschlag und damit der Tötung von artenschutzrechtlich geschützten Tierarten ist für Glasflächen und -fassaden mit einer Größe von mehr als 3 m² ausschließlich die Verwendung von Vogelschutzglas zulässig.

## B. AUFNAHME VON AUF LANDESRECHT BERUHENDE REGE LUNGEN IN DEN BEBAUUNGSPLAN

### 6. Dachgestaltung

Als Dachform sind ausschließlich Flachdächer oder flach geneigte Dächer mit maximal 10° Neigung zulässig.

### 7. Fassadengestaltung

Für die Fassadengestaltung sind nur nicht glänzende, nicht reflektierende, nicht leuchtende Materialien und Anstriche zulässig.

### 8. Standflächen für Abfallbehälter

Standflächen für Abfallbehälter sind in die Architektur zu integrieren oder alleinig (auch von oben) durch bauliche Einfassungen abzusichern oder zu begrünen. Dabei soll die Abschirmung auf die Materialität des Hauptbaukörpers abgestimmt werden.

### 9. Bepflanzung von Grundstücksfreiflächen

Die Grundstücksfreiflächen sind gärtnerisch anzulegen und zu unterhalten, soweit sie nicht für eine andere zulässige Verwendung benötigt werden. Bei Gehölzpflanzungen sind die Pflanzabstände gemäß Hessischem Nachbarrechtsgesetz zu beachten.

### 10. Versickerung Niederschlagswasser

Niederschlagswasser von den Grundstücken ist gedrosselt auf einen maximalen Abfluss von 15 l/s und Hektar angeschlossene Fläche in den öffentlichen Abwasserkanal abzuleiten.

## C. HINWEISE

### 11. Bodenschutz

Bei allen Baumaßnahmen, die einen Eingriff in den Boden erfordern, ist auf organoleptische Auffälligkeiten zu achten. Ergeben sich bei den Erdarbeiten Kenntnisse, die den Verdacht einer schädlichen Bodenveränderung begründen, sind diese umgehend der zuständigen Behörde, dem Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Darmstadt, Dezernat W/Da 41.5, Bodenschutz, mitzuteilen. Darüber hinaus ist ein Faunatüchter in Altlastenfragen hinzuzuziehen. Schädliche Bodenveränderungen im Sinne des § 2, Abs. 3 Bundes-Bodenschutzgesetz sind Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen, die geeignet sind, Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen für den Einzelnen oder die Allgemeinheit herbeizuführen.

### 12. Bodendenkmäler

Wenn bei Erdbearbeiten Bodendenkmäler bekannt werden, so ist dies der hessenArchäologie oder der Unteren Denkmalschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen.

### 13. Regenerative Energiequellen

Die Nutzung der Solarenergie oder anderer regenerativer Energiequellen des Brauchwassers, für die Erzeugung von Elektrizität wird unterstützt.

### 14. Wasserrechtliche Regelungen

Auf die Regelungen des § 37 des HWG (Hessisches Wassergesetz) zur Verwertung des Niederschlagswassers auf den Baugrundstücken wird hingewiesen. Eine Sammlung und Nutzung des Niederschlagswassers wird unterstützt.

### 15. Nachweis der Löschwasserbereitstellung, Flächen für die Feuerwehr

Die Forderungen zum Löschwasserbedarf ergeben sich aus § 9 Abs. 1 Nr. 4 des Hessischen Gesetzes über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (HBKG), aus § 13 der Hessischen Bauordnung (HBO) und den technischen Regeln nach dem DVGW-Arbeitsblatt W 405 Die Differenzierung nach der baulichen Nutzung erfolgt entsprechend § 17 der BauNutzungsverordnung (BauNVO).

Im Rahmen der Objektplanung ist die DIN 14090 - Flächen für die Feuerwehr - zu beachten.

## VERFAHRENSÜBERSICHT

**Aufstellungsbeschluss**  
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Aufstellung des Bebauungsplanes gemäß § 13 Abs. 2 BauGB am 28.11.2019.

Der Magistrat der Stadt Eschborn, den 05.05.2023 Bürgermeister

Von der frühzeitigen Unterrichtung der Träger öffentlicher Belange sowie der frühzeitigen Beteiligung wird nach § 13 (2) BauGB abgesehen.

**Öffentliche Auslegung**  
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 19.06.2020. Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung in den „Frankfurter Rundschau“ am 01.08.2020. Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs mit Begründung gem. § 3 Abs. 2 BauGB im Rathaus der Stadt Eschborn in der Zeit vom 04.07.2022 bis 05.08.2022. **Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange** gem. § 4 Abs. 2 BauGB. Abstimmung mit den Nachbargemeinden und Benachrichtigung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange von der Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 04.08.2020.

Der Magistrat der Stadt Eschborn, den 05.05.2023 Bürgermeister

**Erneute (2.) öffentliche Auslegung** gem. § 4a Abs. 3 BauGB. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 19.05.2022. Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung in den „Frankfurter Rundschau“ am 28.06.2022. Öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs mit Begründung gem. § 3 Abs. 2 BauGB im Rathaus der Stadt Eschborn in der Zeit vom 04.07.2022 bis 05.08.2022. **Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange** gem. § 4 Abs. 2 BauGB. Abstimmung mit den Nachbargemeinden und Benachrichtigung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange von der Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 23.06.2022.

Der Magistrat der Stadt Eschborn, den 05.05.2023 Bürgermeister

**Satzungsbeschluss**  
Beschlussen gem. § 10 BauGB von der Stadtverordnetenversammlung am 11.05.2023.

Der Magistrat der Stadt Eschborn, den 12.05.2023 Bürgermeister

**Inkrafttreten**  
Inkrafttreten des Bebauungsplans und der bauordnungsrechtlichen Regelungen durch Bekanntmachung gem. § 10 Abs. 3 BauGB am 04.07.2023.

Der Magistrat der Stadt Eschborn, den 26.07.2023 Bürgermeister



-Satzungsexemplar-  
Stand: 11.08.2022  
Maßstab: 1:1.000  
Übersicht (ohne Maßstab)